

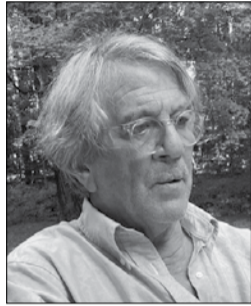
Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

«Die Blockfreiheit kehrt zurück»

Das 21. Jahrhundert beginnt sich zu definieren

von Patrick Lawrence*

Patrick Lawrence
(Bild zvg)

Der Ukraine-Konflikt als Katalysator: Ich frage mich, wie viele aufmerksame Menschen vor einem Jahr erkannt haben, dass die Intervention Russlands und die extravagante Unterstützung des Westens für das Regime in Kiew zu grundlegenden Veränderungen in der globalen Ordnung führen würden, so dass die Welt nun ein ganz anderer Ort ist und das 21. Jahrhundert ein ganz neues Aussehen hat. Das ist mir entgangen, muss ich sagen. Im vergangenen Februar konnte ich nicht ahnen, dass die Staatengemeinschaft so schnell in eine neue Ära eintreten würde, oder dass die Grundsätze dieser neuen Ära so klar definiert sein würden.

Ich habe sicherlich nicht damit gerechnet, dass die gute alte, viel vermisste *Bewegung der Blockfreien Staaten* [Non Aligned Movement – NAM] nach den vielen Jahren, die sie in der Wildnis der Geopolitik nach dem Kalten Krieg verbracht hat, wieder auferstehen würde. Nein, nicht mit einer Erklärung wie der, die die NAM zuerst in Bandung machte, dem indonesischen Bergort, wo *Sukarno* 1955 ihre Mitglieder empfing, oder in *Titos* Belgrad sechs Jahre später, als die Bewegung sich offiziell als Organisation konstituierte, aber im Geiste, in der Gesinnung, die die nichtwestlichen Staaten jetzt für sich in Anspruch nehmen.

Lassen Sie uns zusehen. Meiner Einschätzung nach werden die zahlreichen nichtwestlichen Nationen, die sich zur Unterstützung der Prinzipien und Forderungen versammeln, die zuerst von der verschwundenen, aber nicht vergessenen NAM artikuliert wurden, in den kommenden Jahren die bedeutendste und entscheidendste Wende in der Weltpolitik einläuten, die wir in diesem Jahrhundert wahrscheinlich erleben werden.

Neuausrichtungen

Es gibt viele Möglichkeiten, die weitreichenden Folgen des Ukraine-Konflikts zu bemessen. Da ist zum einen die erstaunliche Kapitulation Europas und seiner eigenen Interessen gegenüber einer unersättlichen Zwangsregierung, die Amerika in seine spätmperiale Phase führt. In diesem Zusammenhang sind auch die bedauerlichen Treueschwüre zu sehen, die Finnland, Schweden und Deutschland geleistet haben – drei Länder, deren ehrenvolle, jetzt aufgegebene Rolle darin bestand, als Brücke zwischen West und Ost zu dienen.

Es handelt sich um Neuausrichtungen, die jeweils eine Reaktion auf die Entscheidung des *Biden-Regimes* sind, die Ukraine zum Schmelztiegel für die Verteidigung einer schwindenden Hegemonie zu machen.

Diese radikale neue Unterwerfung unter Washington hat ihre eigenen Konsequenzen. Sie entspringt der Unsicherheit und einem tiefgreifenden Mangel an Weitblick und Vorstellungskraft und ist eine sehr schlechte Ent-

scheidung für Amerikas «Verbündete und Partner», die sie im neuen Jahrhundert erheblich benachteiligen wird. Merken sie nicht, wie sich das Rad der Geschichte dreht?

Aber die gemeinsame Sache, die die nichtwestlichen Staaten im vergangenen Jahr untereinander entdeckt haben, ist weitaus bedeutender. Für sie hat sich die Ukraine als Katalysator im Sinne des Begriffs aus dem Chemielabor erwiesen: Sie hat die Lösung, sagen wir, geklärt. Die Russen, die Chinesen, die Inder, die Iraner, die Türken, die Mexikaner, die Argentinier und viele andere: Sie denken jetzt anders und klarer.

Auch das ist eine Neuausrichtung.

Wiedererwachen der Blockfreiheit

Wir können diese Neuausrichtung als das Wiedererwachen der Blockfreiheit zum erstenmal seit vielen Jahrzehnten betrachten. Um genau zu sein, überlebt die NAM mit ihren 120 Mitgliedern und ihrem Hauptsitz bei der Uno in New York. Aber ihre Präsenz, wenn auch nicht ihre Gründungsideale, hat mit dem Ableben ihrer Gründergeneration und seit dem Ende des Kalten Krieges, das die Welt über die Ost-West-Gegensätze der vorangegangenen rund 40 Jahre hinausgeführt hat, stark abgenommen.

Ich schreibe hier nicht von einem Sekretariat oder einer Bürokratie oder von Brigaden von Diplomaten. Ich meine damit, dass die Prinzipien, für die die NAM stand, wieder in den Vordergrund gerückt sind. Sind wir überrascht, dass diese Prinzipien in dem Moment, in dem die USA versuchen, den Planeten erneut zu spalten, wieder in den Vordergrund rücken? Ich bin eher sehr erfreut darüber, dass eine neue Generation von Führungspersonlichkeiten die Ideale wiederbelebt, die erstmals in der «Ära der Unabhängigkeit» nach dem Krieg formuliert wurden.

Ich habe diese Prinzipien schon früher erwähnt. Sie basieren auf den *Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz*, die *Zhou Enlai* in den frühen 1950er Jahren formulierte und dann nach Bandung mitnahm. Dabei handelt es sich, vereinfacht gesagt, um die gegenseitige Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität, den Verzicht auf Aggression, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer, die Gleichberechtigung unter den Staaten und – das ist der Kern bei den anderen vier – die friedliche Koexistenz.

Viele nichtwestliche Staaten haben in den letzten Jahren immer deutlicher gemacht, dass sie diese Prinzipien als Grundlage einer Weltordnung des 21. Jahrhunderts betrachten. Ich möchte noch einmal auf die chinesisch-russische *Gemeinsame Erklärung über den Eintritt der internationalen Beziehungen in eine neue Ära* hinweisen, die – der Zeitpunkt ist wichtig – am Vorabend der russischen Intervention in der Ukraine veröffentlicht wurde. Wenn Sie eine Erklärung im Sinne von Bandung oder Belgrad wollen, dann kommt diese Erklärung dem sehr nahe. Die Grundsätze der NAM ziehen sich durch die gesamte Erklärung. Sie sind leicht zu erkennen, denn das Dokument besteht darauf, dass das Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen die Grundlage für die im Titel genannte neue Ära sein müssen.

G 20 in Bangalore:

westliche Vorstellungen realitätsfern

Haben Sie Ende Februar und in den ersten Märztagen das Treffen der G 20 in Bangalore verfolgt? Das ist ein weiteres gutes Beispiel dafür. Die westlichen Medien haben nicht viel

darüber berichtet, weil es sich um eine chaotische Konfrontation zwischen westlichen und nichtwestlichen Mitgliedern handelte. Die ersteren schienen völlig hinter der Zeit zurückzubleiben, verloren in einer Vorstellung von ihrem Platz in der Weltordnung, die wenig mit den aufkommenden Realitäten zu tun hat. Diese sind für jeden offensichtlich, der bereit ist, die Welt so zu sehen, wie sie im Jahr 2023 ist.

Die G 20 trat zum ersten Mal am Ende des letzten und zu Beginn des neuen Jahrhunderts zusammen. Sie wurde als Weiterentwicklung der *Gruppe der 7* [G7] konzipiert und brachte Finanzminister und Zentralbankpräsidenten aus 20 westlichen und nichtwestlichen Ländern zusammen, um der wachsenden Bedeutung von Mächten mit mittlerem Volkseinkommen wie China, Indien, Brasilien, Argentinien, Mexiko und Südafrika Rechnung zu tragen. Das Thema jedes Treffens sind gemeinsame Interessen: Finanzstabilität, internationaler Handel, Klima, Hilfe für die ärmsten Länder und so weiter.

Keine Unterstützung für die Isolierung

Überlassen wir es den Amerikanern: Angeführt von *Janet Yellen*, Finanzministerin und eine wortgewandte Vertreterin der neoliberalen Ideologie, hielten es westliche Amtsträger für eine gute Idee, die Gelegenheit zu nutzen, um andere G-20-Mitglieder gegen Russland und dessen Intervention in der Ukraine auf eine Linie zu bringen. Also verbrachten sie ihre Zeit damit, die anderen Anwesenden – so ziemlich alle anderen G-20-Mitglieder, die nicht der *Gruppe der 7* angehören – zu überreden, ein Kommuniqué zu unterzeichnen, in dem sie Moskau verurteilen und ihre einheitliche Unterstützung für Kiew erklären.

Das Treffen der G-20-Aussenminister am vergangenen Donnerstag verlief nicht anders. In den amerikanischen Medien wurde viel über das erste Treffen von *Antony Blinken* mit dem russischen Aussenminister *Sergej Lawrow* seit Beginn der russischen Intervention vor einem Jahr berichtet. Vielleicht wurde mehr gesagt, als der Aussenminister verlauten liess, aber ich bezweifle es. Soweit berichtet wurde, hat Blinken seinen Landsleuten zu Hause eine weitere Show geboten: Ich habe ihm gesagt, dass dies ein Angriffskrieg Russlands ist, ich habe ihm gesagt, dass wir die Ukraine so lange unterstützen werden, wie es nötig ist, und so weiter. Nichts Neues.

Das westliche Kontingent kam in Bangalore nicht weiter. Die nichtwestlichen Mitglieder wehrten sich energisch gegen diesen Versuch, sie zu zwingen, die von den USA geführte Kampagne zur Isolierung Russlands zu unterstützen und sich hinter die Unterstützung für die Ukraine zu stellen. Am Ende gab es kein Kommuniqué, sondern nur ein «Summary and Outcome Document», in dem mit vielen Worten eingeräumt wird, dass die Sitzung ein Reinfall war.

Was auch immer Sie von Yellen gehalten haben mögen, als sie sich als Vorsitzende der *Federal Reserve* mit Zinssätzen herum-schlug, in Staatsangelegenheiten ist sie eine unsensible Fehlbesetzung, die die weltpolitischen Entwicklungen einfach nicht verstehen kann. Haben Sie schon viel von ihrer Ölpreis-Obergrenze gehört, die die Welt mit ins Boot holen sollte, als die USA versuchten, eine Obergrenze für den Preis festzusetzen, den Russland für ein Barrel Rohöl verlangen kann? Nein, das dachte ich mir schon. Warum war sie die Ansprechperson der Regierung Biden bei dieser G-20-Sitzung? Ich

nehme an, wenn Blinken die Alternative war, gibt es eine Logik für diese Wahl.

In Bangalore schienen sie beide davon auszugehen, dass das Geschwafel, das die USA routinemässig einsetzen, um ihre Absichten zu verschleiern, die Oberhand behalten würde. «Die Ukraine kämpft nicht nur für ihr eigenes Land, sondern auch für die Erhaltung der Demokratie und friedlicher Verhältnisse in Europa», erklärte Yellen. Über die russische Intervention sagte sie: «Es ist ein Angriff auf die Demokratie und die territoriale Integrität, der uns alle beunruhigen sollte.»

Das ist die Standardroutine der Biden-Regierung. Man macht aus Ereignissen ideologische und emotionale Angelegenheiten und tut so, als ob Politik und Geschichte keine Rolle spielen würden. So hohl und abgedroschen. So wenig ernsthaft.

Nuancen

Yellens Rhetorik hat weder den Sieg noch irgend etwas anderes davongetragen, ganz zu schweigen von der Rhetorik Blinkens. Die Präsentationen der beiden könnten als der Anfang vom Ende der G 20 in die Geschichte eingehen. Dies wäre ein weiteres Opfer des neuen kalten Krieges, in den die Regierung Biden uns alle hineinziehen will, eine weitere Veränderung im Erscheinungsbild des 21. Jahrhunderts.

Die anwesenden nichtwestlichen Staaten hatten ihren Standpunkt schon lange vor Bangalore deutlich gemacht. Es ist wichtig, die Nuancen zu beachten. Nein, wir billigen den Krieg in der Ukraine nicht. Nein, wir werden die russische Intervention nicht verurteilen. Ja, wir verstehen, dass der Westen für die Provokation dieses Konflikts mitverantwortlich ist. Ja, es tut uns leid, aber die Beurteilung, ob Russland gegen eines der Fünf Prinzipien verstossen hat, wird durch das Verhalten der westlichen Mächte im Vorfeld dieses Krieges erheblich erschwert. Ja, die westlichen Mächte hätten ihn mit diplomatischen Mitteln verhindern können und sollen, bevor er begonnen hat. Ja, wir wollen, dass der Konflikt jetzt auf dem Verhandlungswege beigelegt wird.

Das ist die Essenz der Prinzipien der NAM im 21. Jahrhundert, in angewandter Form. Plaudereien wie der G-20-Gipfel sind nur von begrenztem Interesse, das ist mir klar, aber das, was im hübschen, wohlgepflegten Bangalore passiert ist, hat uns etwas Wichtiges zu sagen. Drei Dinge, um genau zu sein.

Erstens zeigt sich darin die absolute Unfähigkeit Washingtons, die Welt mit anderen als manichäischen Begriffen zu sehen. Viele Demokraten hielten *Bushs II* «Entweder sind Sie für uns oder für die Terroristen» nach den Anschlägen vom 11. September für eine plumpe Formulierung. Unsinn. Dies war genau der Tenor von Yellens Standpunkt im Zusammenhang mit der Ukraine, der bei den Demokraten auf breite Zustimmung stiess. Das ist die Art und Weise, wie diejenigen, die vorgeben, Amerika zu führen, darauf bestehen, die Welt zu ordnen; und zu sagen, dass dies diese Nation im 21. Jahrhundert nirgendwohin bringen wird, ist noch zu milde ausgedrückt.

Zweitens ist Bangalore ein Gradmesser für die Entschlossenheit, mit der sich die nichtwestlichen Staaten gegen Washingtons Fortführung des zweiten kalten Krieges wehren. Es ist zwar traurig zu sehen, wie sich die Welt erneut spaltet, so wie es während des ersten Kalten Krieges der Fall war, aber Konflikte und Konfrontationen sind unvermeidlich, solange die westlichen Mächte durch solche

Fortsetzung auf Seite 3

* Patrick Lawrence, langjähriger Auslandskorrespondent, vor allem für die «International Herald Tribune», ist Kolumnist, Essayist, Autor und Dozent. Sein letztes Buch ist «Time No Longer: Americans After the American Century», Yale, 2013. In Kürze erscheint sein neues Buch «The Journalists and Their Shadows» bei Clarity Press. Auf Twitter fand man ihn bei @thefloutist, bis er ohne Begründung zensiert wurde. Seine Webseite lautet patricklawrence.us. Unterstützen Sie seine Arbeit über patreon.com/thefloutist.

Frieden schaffen – aber wie?

von Karl-Jürgen Müller

Die vergangenen zwei Wochen standen ganz im Zeichen des neuen Ost-West-Konfliktes. Zum neunten Mal jährte sich der von der US-Regierung und der EU massiv beförderte gewalttätige und verfassungswidrige Regierungswechsel in der Ukraine am 22. Februar 2014 und zum ersten Mal die direkte militärische Intervention der Russischen Föderation am 24. Februar 2022 im seit Frühjahr 2014 tobenden ukrainischen Bürgerkrieg. Ein Krieg, in dem die Zentralregierung in Kiew die Unterstützung von Nato und EU hatte und die nach Autonomie strebenden Regionen im Osten und Südosten der Ukraine (Donezk und Luhansk) mit grossmehrerlich russischstämmiger Bevölkerung von der Russischen Föderation unterstützt wurden.

Es gab in den vergangenen zwei Wochen nicht nur die Reden des russischen Präsidenten *Wladimir Putin* in Moskau¹ und des US-amerikanischen Präsidenten *Joe Biden* in Warschau² – beide am 21. Februar –, sondern auch zahlreiche Medienerzeugnisse sowie Demonstrationen und Kundgebungen weltweit.

Breites Meinungsspektrum ...

Das Meinungsspektrum dabei war sehr gross – was sich allerdings nicht in den Erzeugnissen unserer westlichen Mainstream-Medien und öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten widerspiegelte. Deren Nachrichten, Berichte, Reportagen und Kommentare folgten erneut der von der US-Politik vorgegebenen politischen Linie. Andere Auffassungen bekamen allenfalls das Etikett «Desinformation» und wurden mit scharfer Polemik bedacht. Ganz im Sinne der Drohung des Aussenbeauftragten der EU *Josep Borrell* in Strassburg von Mitte Februar, die EU werde künftig gegen Personen und Organisationen vorgehen, die «den öffentlichen Raum mit Desinformationen und böswilligen Erzählungen verschmutzen».³

... was von der US- und EU-Politik nicht gern gesehen wird

Drohungen wie die von *Josep Borrell* sind eine Reaktion auf die Tatsache, dass es der westlichen Propaganda und den schon jetzt vielfältigen staatlichen und halbstaatlichen Massnahmen gegen vermeintliche «Desinformation» bislang nicht gelungen ist, die öffent-

liche Meinung – was etwas anderes ist als die veröffentlichte Meinung durch unsere Mainstream-Medien – im Sinne der US-Politik gleichzuschalten. Im Gegenteil: Die vergangenen zwei Wochen haben erneut gezeigt, dass nach wie vor zahlreiche deutsch- und vor allem auch englischsprachige «alternative» Stimmen mit Beiträgen zugänglich sind, die das Blickfeld erweitern können. Im deutschsprachigen Raum sind das neben *Zeit-Fragen* und der Schweizer Wochenzeitung *Die Weltwoche* zum Beispiel *globalbridge.ch*, *zeitgeschehen-im-fokus.ch*, *schweizer-standpunkt.ch*, *seniora.org*, *nachdenkseiten.de*, *apolut.net* oder *anti-spiegel.ru*. Die deutschsprachige Internetseite *rt.de* ist innerhalb der EU zwar verboten, aber auch dort noch immer über Umwege zugänglich. Im englischsprachigen Raum ist das Spektrum noch viel grösser. Hier sei nur auf ein paar wenige Internetseiten verwiesen, aus denen immer wieder auch *Zeit-Fragen* Übersetzungen dokumentiert: *consortiumnews.com*, *scheerpost.com*, *indianpunchline.com* oder *counterpunch.org*.

Mitgefühl mit den Opfern des Kriegs und immer wieder Friedensvorschläge

Es ist ja gar nicht anders denkbar: Fast alle Menschen haben Mitgefühl mit den von Gewalt, Kriegstod und Zerstörung Betroffenen und stellen sich zu Recht die Frage, wie Kriege – auch der in der Ukraine – beendet werden können. Deshalb sind alle Friedensvorschläge, auch die der vergangenen zwei Wochen, sehr wichtig – und in diesen Tagen gab es wieder einige aus der ganzen Welt.

Wenn von US- und EU-Seite auch die Bemühungen um Frieden das Etikett «Desinformation» bekommen und mit scharfer Polemik bedacht werden, dann ist das besonders stossend. Das gilt nicht nur für die Bemühungen der europäischen und US-amerikanischen «Friedensbewegung», sondern auch für die Friedensinitiative der Volksrepublik China vom 24. Februar mit ihrem 12-Punkte-Plan (siehe Kasten).

Der chinesische Friedensplan

Alle ehrlichen Friedensbemühungen sind zu würdigen und bieten mit diesem Ziel eine

Diskussionsgrundlage. Ich selbst halte den chinesischen Plan vom 24. Februar für den interessantesten.

Warum?

– Der chinesische Friedensplan orientiert sich strikt am Völkerrecht, so wie es in der Charta der Vereinten Nationen und deren Folgeverträgen vereinbart wurde. Zu bedenken ist, ob nicht auch ein weiterer zentraler Grundsatz des Völkerrechts namentlich zu nennen wäre: das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Für die Situation in der Ukraine ist dies von besonderer Bedeutung.

– Der chinesische Friedensplan formuliert Perspektiven für eine künftige Weltordnung, mit denen eigentlich alle Völker guten Willens gut leben könnten. Sicher ist aber auch, dass der chinesische Friedensplan den verantwortlichen Politikern einiges abverlangen würde, vor allem denen des Westens.

Ein Gorbatschow des Westens

Pointiert möchte ich es so formulieren: Die Staaten des Westens bräuchten einen oder mehrere *Gorbatschows* des Westens. *Michail Gorbatschow* hat als Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU seit seinem Amtsantritt 1985 versucht, seine Erkenntnis, dass sich die Sowjetunion grundlegend wandeln müsse, um überleben zu können, in praktische Politik umzusetzen. Seine innenpolitischen Pläne für *Glasnost* und *Perestroika* und seine aussenpolitischen Initiativen zur Abrüstung und zur Schaffung eines Gemeinsamen Europäischen Hauses⁴ sind auch heute noch beziehungsweise erneut zu würdigen. Gorbatschow war von seinem Vorgänger als Generalsekretär, dem ehemaligen KGB-Chef *Juri Andropow*, sehr gefördert und unterstützt worden. Wohl früher als viele in der Parteihierarchie hatte der sowjetische Geheimdienst erkannt, dass die Lage der

Sowjetunion bei einer Fortsetzung des bisherigen Kurses eine Sackgasse war, die in den Untergang führen musste. Grundlegende Reformen waren unumgänglich.

Dass Gorbatschow am Ende mit seiner Politik gescheitert ist, spricht nicht gegen die Grundsätze seiner Politik und die Notwendigkeit grundlegender Reformen in der damaligen Sowjetunion. Die Widerstände im eigenen Land, vor allem aber auch das falsche Spiel des Westens – allen voran der US-Politik – haben Gorbatschows Bemühungen 1991 zu Fall gebracht. Gorbatschows Vertrauen in die ursprünglichen Zusagen des Westens war wohl zu gross.

«Treu und Glauben», ohne welche die internationalen Beziehungen langfristig immer auf Sand gebaut sind, was immer wieder zu neuen schweren Konflikten bis hin zu Kriegen führt, müssten für alle internationalen Verhandlungen und Vertragsabschlüsse verpflichtend sein.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte zeigen, dass die weltpolitischen Gegenüber des Westens «Treu und Glauben» wohl ernster nehmen als die politischen Führer des Westens. Deshalb wären die Ausschichten für einen oder mehrere Gorbatschows des Westens wahrscheinlich besser als die für den Russen Michail Gorbatschow. Sicher ist, dass ein Beharren auf seiner bisherigen Position für den Westen selbst eine Sackgasse ist und den Frieden in der Welt auf Dauer zu zerstören droht. Höchste Zeit also, dass sich diese Erkenntnis auch bei uns im Westen durchsetzt. •

¹ in autorisierter englischer Übersetzung: <http://en.kremlin.ru/events/president/transcripts/70565>; in deutscher Übersetzung: <https://seniora.org/politik-wirtschaft/ansprache-des-russischen-praesidenten-vor-der-bundesversammlung-am-21-februar-2023>

² <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/speeches-remarks/2023/02/21/remarks-by-president-biden-ahead-of-the-one-year-anniversary-of-russias-brutal-and-unprovoked-invasion-of-ukraine/>

³ zitiert nach *Neue Zürcher Zeitung* vom 16.2.2023

⁴ vgl. Gorbatschow, Michail. *Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt*. Droemer Knaur 1987

Chinas Position zur politischen Beilegung der Ukraine-Krise

1. Respektierung der Souveränität aller Länder. Das allgemein anerkannte Völkerrecht, einschliesslich der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen, muss strikt eingehalten werden. Die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit aller Länder muss wirksam gewahrt werden. Alle Länder, ob gross oder klein, stark oder schwach, reich oder arm, sind gleichberechtigte Mitglieder der internationalen Gemeinschaft. Alle Parteien sollten gemeinsam die grundlegenden Normen für die internationalen Beziehungen aufrechterhalten und für internationale Fairness und Gerechtigkeit eintreten. Die gleichberechtigte und einheitliche Anwendung des Völkerrechts sollte gefördert werden, während Doppelstandards abgelehnt werden müssen.

2. Abkehr von der Mentalität des Kalten Krieges. Die Sicherheit eines Landes sollte nicht auf Kosten anderer Länder angestrebt werden. Die Sicherheit einer Region sollte nicht durch die Stärkung oder Erweiterung von Militärblocken erreicht werden. Die legitimen Sicherheitsinteressen und -belange aller Länder müssen ernst genommen und angemessen berücksichtigt werden. Es gibt keine einfache Lösung für ein komplexes Problem. Alle Parteien sollten gemäss der Vision einer gemeinsamen, umfassenden, kooperativen und nachhaltigen Sicherheit und mit Blick auf den langfristigen Frieden und die Stabilität in der Welt dazu beitragen, eine ausgewogene, effektive und nachhaltige europäische Sicherheitsarchitektur zu schaffen. Alle Parteien sollten sich dem Streben nach eigener Sicherheit auf Kosten der Sicherheit anderer widersetzen, eine Blockkonfrontation verhindern und sich gemeinsam für Frieden und Stabilität auf dem eurasischen Kontinent einsetzen.

3. Einstellung der Feindseligkeiten. Konflikte und Kriege nützen niemandem. Alle Parteien müssen rational bleiben und Zurückhaltung üben, sollen das Feuer nicht schüren und die Spannungen nicht verschärfen und verhindern, dass sich die Krise weiter zuspitzt oder gar ausser Kontrolle gerät. Alle Parteien soll-

ten Russland und die Ukraine dabei unterstützen, in die gleiche Richtung zu arbeiten und den direkten Dialog so schnell wie möglich wieder aufzunehmen, um die Situation schrittweise zu deeskalieren und schliesslich einen umfassenden Waffenstillstand zu erreichen.

4. Wiederaufnahme der Friedensgespräche. Dialog und Verhandlungen sind die einzige praktikable Lösung für die Ukraine-Krise. Alle Bemühungen, die zu einer friedlichen Beilegung der Krise beitragen, müssen gefördert und unterstützt werden. Die internationale Gemeinschaft sollte sich weiterhin für den richtigen Ansatz zur Förderung von Friedensgesprächen einsetzen, den Konfliktparteien dabei helfen, so bald wie möglich die Tür zu einer politischen Lösung zu öffnen, und Bedingungen und Plattformen für die Wiederaufnahme von Verhandlungen schaffen. China wird in dieser Hinsicht weiterhin eine konstruktive Rolle spielen.

5. Bewältigung der humanitären Krise. Alle Massnahmen, die zur Linderung der humanitären Krise beitragen, müssen gefördert und unterstützt werden. Humanitäre Massnahmen sollten den Grundsätzen der Neutralität und Unparteilichkeit folgen, und humanitäre Fragen sollten nicht politisiert werden. Die Sicherheit der Zivilbevölkerung muss wirksam geschützt werden, und es sollten humanitäre Korridore für die Evakuierung der Zivilbevölkerung aus den Konfliktgebieten eingerichtet werden. Es müssen Anstrengungen unternommen werden, um die humanitäre Hilfe in den betroffenen Gebieten zu verstärken, die humanitären Bedingungen zu verbessern und einen schnellen, sicheren und ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe zu gewährleisten, um eine humanitäre Krise grösseren Ausmasses zu verhindern. Die Vereinten Nationen sollten bei der Koordinierung der humanitären Hilfe für die Konfliktgebiete unterstützt werden.

6. Schutz von Zivilisten und Kriegsgefangenen (POWs). Die Konfliktparteien sollten sich strikt an das humanitäre Völkerrecht halten, Angriffe auf Zivilisten oder zivile Einrich-

tungen vermeiden, Frauen, Kinder und andere Opfer des Konflikts schützen und die Grundrechte der Kriegsgefangenen respektieren. China unterstützt den Austausch von Kriegsgefangenen zwischen Russland und der Ukraine und fordert alle Parteien auf, günstigere Bedingungen für diesen Zweck zu schaffen.

7. Gewährleistung der Sicherheit von Kernkraftwerken. China lehnt bewaffnete Angriffe auf Kernkraftwerke oder andere friedliche kerntechnische Anlagen ab und fordert alle Parteien auf, das Völkerrecht, einschliesslich des *Übereinkommens über nukleare Sicherheit*¹, einzuhalten und von Menschen verursachte nukleare Unfälle entschlossen zu vermeiden. China unterstützt die *Internationale Atomenergie-Organisation* (IAEO) dabei, eine konstruktive Rolle bei der Förderung der Sicherheit von friedlichen Nuklearanlagen zu spielen.

8. Verringerung der strategischen Risiken. Atomwaffen dürfen nicht eingesetzt werden, und Atomkriege dürfen nicht geführt werden. Die Androhung oder der Einsatz von Atomwaffen sollte abgelehnt werden. Die Weiterverbreitung von Kernwaffen muss verhindert und eine nukleare Krise vermieden werden. China lehnt die Erforschung, Entwicklung und den Einsatz von chemischen und biologischen Waffen durch jedes Land unter allen Umständen ab.

9. Erleichterung der Getreideexporte. Alle Parteien müssen die von Russland, der Türkei, der Ukraine und den Vereinten Nationen unterzeichnete Schwarzmeer-Getreide-Initiative in ausgewogener Weise vollständig und wirksam umsetzen und die Vereinten Nationen dabei unterstützen, eine wichtige Rolle in dieser Hinsicht zu spielen. Die von China vorgeschlagene Kooperationsinitiative zur globalen Ernährungssicherheit bietet eine praktikable Lösung für die weltweite Nahrungsmittelkrise.

10. Beendigung einseitiger Sanktionen. Einseitige Sanktionen und maximaler Druck können das Problem nicht lösen; sie schaffen nur neue Probleme. China lehnt einseitige, vom UN-Sicherheitsrat nicht genehmigte Sanktionen ab. Die betroffenen Länder soll-

ten aufhören, einseitige Sanktionen und die «Long-arm jurisdiction»² gegen andere Länder zu missbrauchen, um ihren Teil zur Deeskalation der Ukraine-Krise beizutragen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Entwicklungsländer ihre Wirtschaft ausbauen und das Leben ihrer Bevölkerung verbessern können.

11. Stabilisierung der Industrie- und Versorgungsketten. Alle Parteien sollten sich ernsthaft für den Erhalt des bestehenden Weltwirtschaftssystems einsetzen und sich dagegen wehren, die Weltwirtschaft als Werkzeug oder Waffe für politische Zwecke zu missbrauchen. Es bedarf gemeinsamer Anstrengungen, um die Auswirkungen der Krise abzumildern und zu verhindern, dass sie die internationale Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Finanzen, Lebensmittelhandel und Verkehr stört und die weltweite wirtschaftliche Erholung untergräbt.

12. Förderung des Wiederaufbaus nach Konflikten. Die internationale Gemeinschaft muss Massnahmen ergreifen, um den Wiederaufbau nach Konflikten in Konfliktgebieten zu unterstützen. China ist bereit, dabei Hilfe zu leisten und eine konstruktive Rolle zu spielen.

¹ Das «Übereinkommen über nukleare Sicherheit» oder *Nukleare Sicherheitskonvention* (eng. *Convention on Nuclear Safety (CNS)*) ist ein multilaterales Abkommen zur weltweiten Erhöhung der Sicherheit ziviler Kernkraftwerke. Das Übereinkommen wurde zwischen den Jahren 1992 und 1994 in mehreren Expertenrunden entwickelt und am 17. Juni 1994 in Wien verabschiedet. (Anm. d. Red.)

² «Long-arm jurisdiction» (langfristige Zuständigkeit) ist die Fähigkeit lokaler Gerichte, die Zuständigkeit für ausländische Beklagte («ausländisch» bedeutet ausserhalb der Gerichtsbarkeit eines Staates) auszuüben. Diese Zuständigkeit erlaubt es einem Gericht, einen Fall gegen einen Beklagten zu verhandeln und ein verbindliches Urteil gegen einen Beklagten zu erlassen, der ausserhalb der betreffenden Gerichtsbarkeit ansässig ist. (Anm. d. Red.)

Quelle: https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/wjdt_665385/2649_665393/202302/t20230224_11030713.html
(Übersetzung aus dem Englischen Zeit-Fragen)

«Die Zerstörung der Nord-Stream-Pipelines ist ein Akt des internationalen Terrorismus»

Stellungnahme von Professor Jeffrey D. Sachs bei der Sitzung des UN-Sicherheitsrats zur Zerstörung der Nord-Stream-Pipeline am 21. Februar 2023



Jeffrey Sachs
(Bild <https://commons.wikimedia.org>)

Mein Name ist Jeffrey D. Sachs. Ich bin Universitätsprofessor an der Columbia University. Ich bin Experte für die Weltwirtschaft, einschließlich Welthandel, Finanzen, Infrastruktur und wirtschaftliche Staatsführung. Ich trete vor dem UN-Sicherheitsrat in

meinem eigenen Namen auf. Ich vertrete bei meiner Aussage keine Regierung oder Organisation.

Die Zerstörung der Nord-Stream-Pipelines am 26. September 2022 ist ein Akt des internationalen Terrorismus und stellt eine Bedrohung des Friedens dar. Es liegt in der Verantwortung des UN-Sicherheitsrates, sich mit der Frage zu befassen, wer die Tat begangen haben könnte, um den Täter vor die internationale Justiz zu stellen, die Entschädigung der Geschädigten zu betreiben und künftige derartige Aktionen zu verhindern.

Die Folgen der Zerstörung von Nord Stream 2 sind enorm. Dazu gehören nicht nur die enormen wirtschaftlichen Verluste im Zusammenhang mit den Pipelines selbst und ihrer künftigen Nutzung, sondern auch die erhöhte Bedrohung für grenzüberschreitende Infrastrukturen aller Art: Untersee-Internetkabel, internationale Pipelines für Gas und Wasserstoff, grenzüberschreitende Stromübertragung, Offshore-Windparks und vieles mehr. Die globale Umstellung auf grüne Energie wird erhebliche grenzüberschreitende Infrastrukturen erfordern, auch in internationalen Gewässern. Die Länder müssen darauf vertrauen können, dass ihre Infrastruktur nicht von Dritten zerstört wird. Einige euro-

päische Länder haben kürzlich ihre Besorgnis über die Sicherheit ihrer Offshore-Infrastruktur zum Ausdruck gebracht.

Aus all diesen Gründen hat die Untersuchung der Explosionen an der Nord-Stream-Pipeline durch den UN-Sicherheitsrat eine hohe globale Priorität.

Die Zerstörung der Nord-Stream-Pipelines erforderte ein sehr hohes Mass an Planung, Fachwissen und technologischer Kapazität. Die Nord-Stream-2-Pipelines sind ein Wunderwerk der Technik. Jeder Rohrschnitt besteht aus 4,5 cm dickem Walzstahl und hat einen Innendurchmesser von 1,15 Metern. Die Rohre sind mit 10,9 cm dickem Beton ummantelt. Das Gewicht eines jeden betonummantelten Rohrschnitts beträgt 24 Tonnen. Die Nord-Stream-2-Pipelines mit einer Länge von rund 1200 Kilometern enthalten etwa 200000 Rohre. Die Pipelines liegen auf dem Meeresboden.

Die Zerstörung einer Pipeline aus schwerem Walzstahl, die von Beton ummantelt ist, in einer Tiefe von 70–90 Metern erfordert hochentwickelte Technologien für den Transport des Sprengstoffs, das Tauchen zur Installation des Sprengstoffs und die Sprengung. Dass dies unentdeckt in den ausschliesslichen Wirtschaftszonen Dänemarks und Schwedens geschieht, macht die Operation noch komplexer. Wie mehrere hochrangige Beamte bestätigt haben, muss eine derartige Aktion von einem staatlichen Akteur durchgeführt worden sein.

Nur eine Handvoll staatlicher Akteure verfügt sowohl über die technischen Kapazitäten als auch über den Zugang zur Ostsee, um diese Aktion durchführen zu können. Dazu gehören Russland, die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, Polen, Norwegen, Deutschland, Dänemark und Schweden, entweder einzeln oder in einer gewissen Kombination. Die Ukraine verfügt nicht über die erforderlichen Technologien und den Zugang zur Ostsee.

Aus einem kürzlich erschienenen Bericht der «Washington Post» geht hervor, dass die Geheimdienste der Nato-Staaten zu dem Schluss gekommen sind, dass es keinerlei Beweise dafür gibt, dass Russland diese Aktion durchgeführt hat. Dies deckt sich auch mit der Tatsache, dass Russland kein offensichtliches Motiv hatte, diesen Terrorakt gegen

seine eigene kritische Infrastruktur zu verüben. In der Tat wird Russland wahrscheinlich erhebliche Kosten für die Reparatur der Pipelines tragen müssen.

Berichten zufolge haben drei Länder Ermittlungen zum Nord-Stream-Terrorismus durchgeführt: Dänemark, Deutschland und Schweden. Vermutlich wissen diese Länder viel über die Umstände des Terroranschlags. Vor allem Schweden hat der Welt vielleicht am meisten über den Tatort zu berichten, den seine Taucher untersucht haben. Doch anstatt diese Informationen weltweit weiterzugeben, hat Schweden die Ergebnisse seiner Ermittlungen vor dem Rest der Welt geheimgehalten. Schweden hat sich geweigert, seine Ergebnisse mit Russland zu teilen, und hat eine gemeinsame Untersuchung mit Dänemark und Deutschland abgelehnt. Im Interesse des Weltfriedens sollte der UN-Sicherheitsrat diese Länder auffordern, die Ergebnisse ihrer Untersuchungen unverzüglich dem UN-Sicherheitsrat zu übermitteln.

Bisher gibt es nur einen detaillierten Bericht über die Zerstörung von Nord Stream, der kürzlich von dem investigativen Journalisten Seymour Hersh vorgelegt wurde und angeblich auf Informationen beruht, die Hersh von einer ungenannten Quelle zugespielt wurden. Hersh führt die Zerstörung von Nord Stream auf eine Entscheidung zurück, die von US-Präsident Joe Biden angeordnet und von US-Agenten in einer verdeckten Operation durchgeführt wurde, die Hersh detailliert beschreibt. Das Weisse Haus bezeichnete Hershs Darstellung als «komplett und völlig falsch», bot aber keine Informationen an, die Hershs Darstellung widersprechen, und bot auch keine alternative Erklärung an.

Hochrangige US-Beamte gaben vor und nach der Zerstörung von Nord Stream Erklärungen ab, die die Abneigung der USA gegenüber den Pipelines deutlich machten. Am 27. Januar 2022 twitterte die Unterstaatssekretärin Victoria Nuland: «Wenn Russland in die Ukraine einmarschiert, wird Nord Stream 2 so oder so nicht vorankommen.» Am 7. Februar 2022 sagte Präsident Biden: «Wenn Russland wieder einmarschiert, wird es Nord Stream 2 nicht mehr geben. Wir werden dem ein Ende setzen.» Auf die Frage des Reporters, wie er das machen würde, ant-

wortete er: «Ich verspreche Ihnen, dass wir es schaffen werden.»

Am 30. September 2022, unmittelbar nach dem Terroranschlag auf die Pipeline, erklärte Aussenminister Antony Blinken, dass die Zerstörung der Pipeline «auch eine enorme Chance ist. Es ist eine enorme Chance, die Abhängigkeit von russischer Energie ein für alle Mal zu beenden und damit Wladimir Putin die Bewaffnung der Energie als Mittel zur Durchsetzung seiner imperialen Pläne zu entziehen». Am 28. Januar 2023 erklärte Unterstaatssekretärin Nuland gegenüber Senator Ted Cruz: «Ich bin, und ich denke, das gilt auch für die Regierung, sehr erfreut zu wissen, dass Nord Stream 2 jetzt, wie Sie sagen, ein Haufen Metall auf dem Meeresgrund ist.»

Eine solche Sprache ist angesichts des internationalen Terrorismus überhaupt nicht angebracht. Ich hoffe, dass die USA zusammen mit allen anderen Mitgliedern des Sicherheitsrates diesen abscheulichen Akt des internationalen Terrorismus verurteilen und sich gemeinsam für eine dringende Untersuchung dieses internationalen Verbrechens unter Leitung des UN-Sicherheitsrates einsetzen werden, um die Wahrheit herauszufinden. Die Welt kennt die Wahrheit noch nicht, aber sie ist zu erfahren.

Mehr denn je ist die Welt darauf angewiesen, dass der UN-Sicherheitsrat seine Arbeit tut, um die Eskalation eines neuen Weltkriegs zu verhindern. Die Welt wird nur dann sicher sein, wenn die ständigen Mitglieder diplomatisch zusammenarbeiten, um globale Krisen zu lösen, einschliesslich des Krieges in der Ukraine und der wachsenden Spannungen in Ostasien. Der UN-Sicherheitsrat bietet den einzigartigen globalen Rahmen für diese friedensstiftende Arbeit. Mehr denn je brauchen wir einen gesunden, funktionierenden UN-Sicherheitsrat, der die ihm in der UN-Charta zugewiesene Aufgabe erfüllt.

Eine objektive Untersuchung des Nord-Stream-Terrorismus durch den UN-Sicherheitsrat, bei der alle Länder ihr Wissen einbringen, ist wichtig für das weltweite Vertrauen in dieses Gremium und, was noch wichtiger ist, für den globalen Frieden und die nachhaltige Entwicklung.

Quelle: <https://www.jeffsachs.org/recorded-lectures/f4rsfnzw9rbdx2t2n38lfgscsbc8>
(Übersetzung Zeit-Fragen)

Der Krieg schwächt Europa gegenüber den USA

von Marcos Roitman Rosenmann*

Wie auch immer der Krieg zwischen Russland und der Ukraine ausgeht, Europa wird gegenüber den Vereinigten Staaten geschwächt daraus hervorgehen. Ein Jahr nach Beginn des Krieges könnte die Bilanz nicht düsterer sein. Die europäischen Institutionen und Regierungen haben kapituliert, sie sind nicht in der Lage gewesen, eine Friedensalternative zu schaffen. Sie haben sich entschieden, die Vorgaben des Weissen Hauses und der Nato zu befolgen, und damit das Risiko einer globalen Konfrontation erhöht, wie sie nun de facto besteht. Wozu sonst der überraschende Besuch Bidens in der Ukraine und die Erklärungen von Vizepräsidentin Kamala Harris? Vor Ort befinden sich deutsche Panzer, amerikanische Raketen, spanische Haubitzen, französische, italienische und britische Waffen. Kurzum, ein ganzes Arsenal von Waffen «made in Western Europe» befindet sich in der Hand der Ukraine.

Das Kriegsgeschehen hat Folgen für das tägliche Leben: die Verteuerung der Grundnahrungsmittel. Es gibt kein Produkt – Brot, Milch,

Fleisch, Obst, Gemüse, Kaffee oder Bier –, dessen Preis nicht gestiegen ist. Heizung, Strom und Benzin sind zu Luxusgütern geworden. Die Inflation schießt in die Höhe, und die Abhängigkeit von den US-amerikanischen Kohlenwasserstoffen wächst. Die Sabotage der Nord-Stream-Pipeline wurde, wie Seymour Hersh zeigte, von der Nato und der norwegischen Marine geplant und war ein Wendepunkt hin zur Energieabhängigkeit Europas von den Vereinigten Staaten. Für Deutschland bedeutete dies, teureres Gas aus den USA zu importieren. Biden sagte, er würde lieber Deutschland im Winter frieren sehen als seine Waffenlieferungen für die Ukraine zu reduzieren.

Im Januar dieses Jahres trat die deutsche Verteidigungsministerin Christine Lambrecht zurück. Sie stand im Mittelpunkt der Kritik der Nato, die ihr vorwarf, die Waffenlieferungen an Selenski zu verzögern. Der US-Stützpunkt Ramstein auf deutschem Boden, auf dem die meisten Treffen der antirussischen Koalition stattfinden, wurde zu einem Ausbildungslager für ukrainische Soldaten umfunktioniert. Dort werden sie im Umgang mit hochentwickelten Waffensystemen, Panzern und modernsten Raketen geschult, um dann in Kiew in den Kampf zu ziehen. An diesen Schulungen hat auch der US-Generalstabschef, General Mark Milley, teilgenommen.

Europa existiert nur, um den Vereinigten Staaten zu dienen. In diesem Zusammenhang einigten sich die Nato-Verteidigungsminister bei ihrem Treffen in Brüssel darauf, mehr Kriegsmaterial in die Ukraine zu schicken. Nach dieser Logik erklärte der französische Präsident Emmanuel Macron gegenüber Selenski: «Es ist besser, nützliche Lieferungen

zu priorisieren, um den Ukrainern die Möglichkeit zu geben, Widerstand zu leisten und Operationen durchzuführen, als Verpflichtungen einzugehen, die zu spät kommen werden.» Selenski wird gross. Er reist durch Europa und wird mit Auszeichnungen bedacht. Joe Biden besucht ihn in Kiew und macht ihm seine Pläne und die Rolle Europas klar: den Kopf einziehen und den Plan der USA abnicken.

Eine weitere Demütigung für die Europäische Union. Die Ukraine ist eine Zeitbombe, die die Vereinigten Staaten zünden werden, wenn sie es für richtig halten, wobei Selenski dann lediglich ein zerbrochenes Spielzeug sein wird.

Josep Borrell, der Chef der europäischen Diplomatie, betont, ohne rot zu werden: «Da sie diejenigen sind, die die Toten stellen, sollten wir ihnen helfen [...] Selenski und die Ukrainer bekommen viel Beifall, haben aber keine Munition [...]. Das ist das Paradoxe. Es muss weniger Beifall und eine bessere Versorgung mit Waffen geben.» Für Borrell bedeutet der Krieg, dass die EU «erwachsen geworden [...] und zu einem glaubwürdigen Akteur geworden ist, der in der Lage ist, Zwangsmittel einzusetzen». Unverhohlen schlägt er vor, die Rüstungsindustrie als Entwicklungsmotor zu fördern. «Wir werden erwachsen», sagte er, bevor er auf die Herausforderungen einging, vor denen die EU in Kriegszeiten steht: «Glaubwürdigkeit als globaler Akteur zu erlangen, strategische Verantwortung als Sicherheits- und Verteidigungslieferant zu übernehmen und uns stärker mit unseren Partnern in der ganzen Welt zu engagieren». Europa lebt in einer Kriegswirtschaft.

Die Ukraine muss Widerstand leisten, egal wie hoch die Zahl der Toten ist. Unterdes-

sen unterzeichnet die Europäische Union das zehnte Sanktionspaket. Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, beziffert die Kosten für Russland auf elf Milliarden Euro. In diesem einen Jahr wurden unter anderem Visa verweigert, Bankkonten eingefroren und die Einfuhr von Luxusgütern, elektronischen Geräten und Gütern mit doppeltem Verwendungszweck unmöglich gemacht. Im Luft-, See- und Landraum: Russische Flugzeuge haben keinen Zugang zu EU-Flughäfen. Die russische Handelsmarine kann keine EU-Häfen anlaufen. Für Banken ist der Zugang zum Swift-System verboten. Rundfunklizenzen wurden entzogen. Ganz zu schweigen vom Kauf von Rohöl und Gas. Aber wie so oft haben die Sanktionen einen Bumerangeffekt. Es sind die Kleinunternehmer, Technologieexporteure, Ingenieurbüros und Händler, die die Rechnung bezahlen. Währenddessen wird die Kriegsindustrie immer reicher.

Europa hat schon vor langem seine Würde verloren. Seine Führer erinnern mich an eine Szene aus dem Film «Die Marx Brothers im Westen», in der Groucho in einem Zug ohne Treibstoff ruft: «mehr Holz, es ist Krieg», um Bösewichte in einem klapprigen Zug ohne Treibstoff zu jagen. Leider sind wir nicht in einer Fiktion. Nach einem Jahr Krieg ist nur der Tod am Horizont zu sehen. Hoffen wir, dass ein Frieden möglich wird, für den allerdings eine 180-Grad-Wende erforderlich ist. •

Quelle: La Jornada vom 24.2.2023; <https://www.jornada.com.mx/notas/2023/02/24/politica/la-guerra-debilita-a-europa-frente-a-estados-unidos/?from=page&block=politica&opt=articlelink>

(Übersetzung Zeit-Fragen)

* Marcos Roitman Rosenmann, geboren 1955 in Santiago de Chile, ist ein spanisch-chilenischer Soziologe und politischer Analyst. 1974 ging er ins Exil nach Spanien, wo er bis heute lebt. Er ist Professor für lateinamerikanische Sozialstruktur, zeitgenössische Sozialstruktur und spanische Sozialstruktur an der Fakultät für Politikwissenschaft und Soziologie der Universidad Complutense Madrid. Als Gastdozent war er an verschiedenen Universitäten in Lateinamerika tätig, darunter in Ländern wie Mexiko, Chile, Ecuador, Venezuela, Argentinien, Brasilien, Peru, Kuba, Nicaragua, El Salvador, Honduras, Guatemala, Panama, Costa Rica und Bolivien. Er schreibt regelmässig für die in ganz Lateinamerika gelesene mexikanische Zeitung «La Jornada» und andere Zeitungen in Lateinamerika und Spanien.

Nicht gezogene Lehren aus den Pentagon Papers

von Alfred de Zayas



Alfred de Zayas
(Bild zvg)

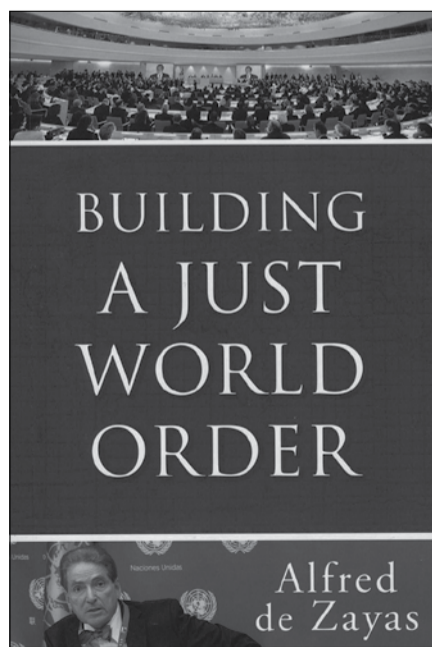
Im Juni 1971, auf dem Höhepunkt des Vietnam-Kriegs, gab Dr. Daniel Ellsberg¹, ein Militäranalyst der US-Regierung bei der RAND Corporation und leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter am Massachusetts Institute of Technology, Material heraus das von der «New York Times» und «Washington Post» auszugsweise veröffentlicht wurde und als «Pentagon Papers» bekannt wurde – 47 Bände vertraulicher Aufzeichnungen, die etwa 7000 Seiten geheimer Regierungsberichte umfassten und die Verwicklung der USA in «schmutzige Tricks» und illegale Aktionen unter den Präsidentschaften von Truman, Eisenhower, Kennedy, Johnson und Nixon dokumentierten. Die Dokumente belegten, dass die aufeinanderfolgenden US-Präsidenten das amerikanische Volk belogen hatten, dass Operationen unter falscher Flagge organisiert, «fake news» verbreitet und von den jeweiligen Verteidigungsministern erfundene Geschichten (phoney narrations) herausgegeben worden waren. Wie ein Redakteur der «New York Times» schrieb, «hatte die Johnson-Regierung systematisch gelogen, nicht nur gegenüber der Öffentlichkeit, sondern auch gegenüber dem Kongress über ein Thema von fundamentalem nationalen Interesse».²

Die Folgen, welche die «Pentagon Papers» aller Vernunft nach haben würden, wurden dem damaligen Präsidenten Richard Nixon von seinem Stabschef H. R. Haldeman kurz und bündig dargelegt. Die Quintessenz war, dass das amerikanische Volk durch solche Enthüllungen das Gefühl bekommen würde, dass «man der Regierung nicht trauen kann; man kann nicht glauben, was sie sagt; und man kann sich nicht auf ihr Urteilsvermögen verlassen; [...] die implizite Unfehlbarkeit von Präsidenten, die in Amerika eine akzeptierte Sache war, wird dadurch schwer verletzt, weil es zeigt, dass [...] der Präsident falsch liegen kann».³

Daraufhin beantragte Nixon eine einstweilige Verfügung, um die weitere Veröffentlichung zu verhindern, verlor den Fall jedoch vor dem Obersten Gerichtshof der USA⁴, der mit sechs zu drei Stimmen entschied, dass die Veröffentlichung zulässig sei, da die Pressefreiheit eine der «modernen Säulen» der Rechte des Ersten Verfassungszusatzes sei.⁵

Ellsberg hat dem Volk einen notwendigen Dienst erwiesen

Im nachhinein erkennen wir, dass Dr. Ellsberg ethisch gehandelt und dem amerikanischen Volk einen notwendigen Dienst erwiesen hat, indem er Verbrechen aufdeckte, die in unserem Namen begangen wurden, die aber von den nachfolgenden Regierungen vertuscht oder geleugnet wurden. Dr. Ellsberg



ISBN 978-1-949762-42-6

* Alfred de Zayas ist Juraprofessor an der Genfer Schule für Diplomatie und diente als Unabhängiger UN-Experte für internationale Ordnung 2012–2018. Er ist der Autor von zehn Büchern, darunter «Building a Just World Order» Clarity Press, 2021.

sagte, als er sich am 28. Juni 1971 dem United States District Court für den District von Massachusetts stellte: «Ich hatte das Gefühl, dass ich als amerikanischer Bürger, als verantwortungsbewusster Bürger, nicht länger mithelfen konnte, diese Informationen vor der amerikanischen Öffentlichkeit zu verbergen. Ich habe dies eindeutig auf mein eigenes Risiko getan und bin bereit, für alle Konsequenzen dieser Entscheidung einzustehen.»⁶ Wie ich selbst in einem Buch über Geheimhaltung in der Regierung geschrieben habe, ist Geheimhaltung ein Wegbereiter für Verbrechen und dazu angetan, schwerste Verbrechen bis hin zum Völkermord zu vertuschen und zu verharmlosen.⁷

Angeklagt unter dem archaischen Espionage Act

Ellsberg wurde daraufhin unter dem archaischen Espionage Act (1917, erlassen nach dem Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg) wegen Spionage, Diebstahls und Verschwörung angeklagt, was 115 Jahre Gefängnis hätte bedeuten können. Während seines Prozesses im Jahr 1973 versuchte Ellsberg, sein Handeln zu erklären, nämlich dass die Dokumente illegal klassifiziert wurden, nicht, um sie vor einem Feind, sondern vor der amerikanischen Öffentlichkeit zu schützen. Das Gericht erklärte dieses Argument jedoch für «irrelevant», und Ellsberg wurde zum Schweigen gebracht, bevor er beginnen konnte. 2014 schrieb Ellsberg in «The Guardian», dass sein «Anwalt aufgebracht sagte, er habe «noch nie von einem Fall gehört, in dem ein Angeklagter den Geschworenen nicht sagen durfte, warum er tat, was er tat». Der Richter antwortete: «Nun, jetzt hören Sie von einem.» Und so ist es mit jedem weiteren angeklagten Whistleblower gewesen.⁸ Dennoch gelang es Ellsbergs Anwalt, dem Harvard-Professor Charles Nesson⁹, zu beweisen, dass die Regierung illegale Abhörmaßnahmen durchgeführt hatte und dass die Staatsanwaltschaft der Verteidigung entscheidende Beweise vorenthalten hatte. Der Prozess dauerte vier Monate und endete mit der Abweisung aller Anklagepunkte. Dr. Ellsberg wurde zum berühmtesten Whistleblower in der Geschichte der USA, und einige Menschen begannen zu verstehen, dass der Geheimhaltung und dem, was Regierungen tun durften, Grenzen gesetzt waren. Die Whistleblower waren alles andere als Verräter, sondern Bürger mit Gewissen und staatsbürgerlicher Verantwortung, wahre Verteidiger der Menschenrechte.

50 Jahre später: ein Déjà-vu-Erlebnis

Wer die «Pentagon Papers» heute liest, mag ein Déjà-vu-Erlebnis haben – aber als ich vor 50 Jahren die Berichte las, empfand ich erst Enttäuschung über unsere Regierungsbeamten, dann Traurigkeit und schliesslich Zorn. Meine Idealisierung einer rechtsstaatlichen Regierung, einer Regierung, die sich für das Wohl des amerikanischen Volkes einsetzt, die sich für den Aufbau einer gerechten Welt engagiert, brach zusammen. Ob es mir nun gefiel oder nicht, ich musste akzeptieren, dass Personen, denen ich bis dahin vertraut hatte, mich und ganz Amerika im Stich gelassen hatten. Der Krieg in Vietnam war kein «Bürgerkrieg», sondern eine eindeutige Aggression der Vereinigten Staaten gegen das vietnamesische Volk, nicht zu dessen oder zu unserem Wohl, sondern zur Befriedigung der Ideologen in den amerikanischen Think tanks, des militärisch-industriellen Komplexes, den Eisenhower bereits 1961 verurteilt hatte¹⁰, und derjenigen, die die «Domino»-Theorie erfunden hatten. Die Lügen und «falschen Flaggen» waren in den Medien allgegenwärtig, und viele meiner Freunde aus der High School und dem College hatten sich freiwillig gemeldet, um in Vietnam für die «Demokratie» zu kämpfen. Drei meiner Freunde wurden getötet. Sie gaben ihr Leben nicht für die «Demokratie» oder die «Gerechtigkeit», sondern für die geopolitischen Illusionen einiger grössenwahnsinniger, übelwollender und fehlgeleiteter «Intellektueller» in Washington. Ich fühlte mich an das Samuel Johnson zugeschriebene Zitat aus dem Jahr 1791 erinnert: «Der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert.»

2017 brachte 20th Century FOX unter der Regie von Steven Spielberg das historische Drama «The Post»¹¹ in die Kinos, einen Film,

der sich mit der Rolle der «Washington Post» bei der Verteidigung der Pressefreiheit und dem Recht des amerikanischen Volkes, zu erfahren, was in unserem Namen getan wird, beschäftigt. Es lohnt sich, den Dialog zwischen den Charakteren noch einmal anzuhören. Meryl Streep überzeugt als «Post»-Verlegerin Katharine Graham, Tom Hanks als «Post»-Chefredakteur Ben Bradlee.

Andauernder Informationskrieg zur Rechtfertigung des US-Anspruchs auf die Weltherrschaft

Spulen wir nun vor zu «Desert Storm» und dem Krieg gegen den Irak wegen der Invasion in Kuwait 1990, der Verhaftung von Saddam Hussein durch US-Beamte, den Propagandalügen, mit denen das amerikanische Volk davon überzeugt werden sollte, dass Saddam ein weiterer Hitler sei.¹² Denken Sie an die Vorbereitung der Bombardierung Jugoslawiens durch die Nato im Jahr 1999¹³, die absichtlichen Übertreibungen bezüglich der ethnischen Säuberungen im Kosovo und die Anachronismen, die nach dem Krieg praktiziert wurden, um diesen rückwirkend zu rechtfertigen.¹⁴ Ändern Sie die Namen und die Orte, und wir haben ähnliche Szenarien von Fehlverhalten der Regierung, Geheimhaltung, Vertuschung, «falsche Flaggen», verlogene Narrative und Geschichten¹⁵ wie in den «Pentagon Papers». Wir können den andauernden Informationskrieg zur Rechtfertigung des US-Anspruchs auf die Weltherrschaft überprüfen – einen Informationskrieg, den die US-Regierung führt, um ihren Anspruch in den Augen des amerikanischen Volkes gerechtfertigt erscheinen zu lassen, damit es plausibel erscheint, dass das, was unsere Regierung sagt, wahr ist und dass das, was sie tut, gerecht ist.

Beweise dafür finden sich überall

Die Beweise dafür finden sich überall im Internet und in wissenschaftlich recherchierten Büchern. Wir müssen nur unsere Augen öffnen, lesen und mit unseren Freunden diskutieren. Aber zuerst müssen wir die Wahrheit zulassen und akzeptieren, was das amerikanische Volk 1971 akzeptiert hat: dass unsere Regierung systematisch lügt. Wir haben ähnliche Szenarien bei unseren Kriegen in Jugoslawien¹⁶, Afghanistan¹⁷, Irak¹⁸, Libyen (2011)¹⁹, Syrien (laufend)²⁰, bei den Ereignissen auf dem Maidan²¹ im Jahr 2014, auf der Krim²² und im Donbass sowie beim Stellvertreterkrieg der USA/Nato in der Ukraine seit 2022 gesehen. Wir schwimmen in einem Meer von offiziellen Lügen. Am aufschlussreichsten ist die Beteiligung der USA an der Sprengung der Nord-Stream-Pipelines und deren Leugnung²³.

«Wie kommt es, dass wir aus diesen Enthüllungen nichts gelernt haben?»

Blättern Sie nun zurück zur offiziellen Manipulation der öffentlichen Meinung, die in den «Pentagon Papers» aufgedeckt wurde. Wie kommt es, dass wir aus diesen Enthüllungen nichts gelernt haben? Und wie können wir nach den spektakulären Lügen, die uns unsere Regierungen über Saddam Hussein und seine Massenvernichtungswaffen erzählt haben, nach der peinlichen Lüge vor dem UN-Sicherheitsrat²⁴, nach der Enthüllung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit im Irak und in Afghanistan durch Wikileaks noch irgend etwas glauben, was das Aussenministerium oder das Pentagon uns erzählen?

Wie kommt es, dass viele Amerikaner den unglaublichen Dementis des Aussenministeriums und des Pentagons immer noch Glauben schenken, wenn es um Nord Stream geht? Wie kommt es, dass die Mainstream-Medien heute nicht mehr als Wächter fungieren, sondern als Echokammer für die Regierungspropaganda, oder schlimmer noch, dass die Medien zu Kampfhunden werden, die diejenigen einschüchtern und zensieren, die von der offiziellen Darstellung abweichen? Was ist aus der «New York Times», der «Washington Post» und dem Grossteil der «Qualitätspresse» in den letzten 50 Jahren geworden? Es scheint, dass nur die US-Regierung aus den «Pentagon Papers» gelernt hat, sich angepasst hat, um das Risiko einer Veröffentlichung besser zu kontrollieren, Verbre-



ISBN 978-1-949762-66-2, Clarity Press, 2022

«In dieser Aufsatzsammlung nimmt der ehemalige Unabhängige UN-Experte zur Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung, Professor Alfred de Zayas, Desinformation, «fake news», Zensur und Selbstzensur frontal aufs Korn. Er betont die Bedeutung des Zugangs zu Informationen und eines wirklich pluralistischen Meinungsspektrums, die für jede funktionierende Demokratie unverzichtbar sind, und liefert ein aufschlussreiches Gegen-Narrativ, das ein Licht auf die zentralen Fragen wirft, mit denen die Menschheit heute konfrontiert ist.»

(Klappentext, Übersetzung Zeit-Fragen)

chen besser zu verschleiern, und gelernt hat, die Mainstream-Medien an der Leine zu halten, so dass ein prominenter Professor an der Columbia University [New York] und Berater von vier UN-Generalsekretären, Jeffrey Sachs, wenn er der offiziellen Linie widerspricht, aus der Sendung geworfen wird, weil er das Offensichtliche gesagt hat – dass die USA hinter der Sprengung von Nord Stream stecken.²⁵ Während die Enthüllungen in den «Pentagon Papers» von enormer und dringender Bedeutung für unsere Wahrnehmung des Krieges in der Ukraine sind, bestimmt die US-Regierung die Musik, und diejenigen, die nicht nach ihrer Pfeife tanzen wollen, werden ignoriert, diffamiert und lächerlich gemacht.

Wer profitiert?

Daniel Ellsberg war und ist auf der richtigen Seite der Geschichte und des gesunden Menschenverstandes, wenn er uns daran erinnert, dass ungeachtet des ganzen Narrativ-Managements unserer Regierung «ein scheitern der Krieg genauso profitabel ist wie einer, der gewonnen wird [...] Es ist der alte lateinische Slogan, cui bono, wer profitiert? [...] Wir sind schliesslich keine europäische Nation und wir haben keine besondere Rolle in der Europäischen Union. Aber in der Nato – das ist, wie die Mafia sagt, Cosa Nostra, unsere Sache – kontrollieren wir die Nato ziemlich genau, und die Nato gibt uns einen Vorwand und einen Grund, jetzt enorme Mengen an Waffen an die ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten zu verkaufen [...] Russland ist ein unverzichtbarer Feind.»²⁶

«Wir brauchen investigative Journalisten wie Seymour Hersh»

Wir brauchen heute mehr denn je eine freie Presse, aber wir haben sie nicht. Wir brauchen investigative Journalisten wie Seymour Hersh, aber sie sind eine fast ausgestorbene Spezies. Wir brauchen eine starke alternative Presse, die uns die Informationen liefert, die die «Qualitätspresse» unterdrückt. Wir brauchen Akademiker mit Mut und intellektueller Redlichkeit wie die Professoren Nils Melzer²⁷, John Mearsheimer²⁸, Jeffrey Sachs, Richard Falk, die die Tatsache akzeptieren, dass sie für ihr Engagement für Wahrheit und Rechtsstaatlichkeit einen Preis zahlen müssen. Wir brauchen Whistleblower, die genau wissen, was bei der Sprengung der Nord-Stream-Pipelines passiert ist. Schweigen in solchen Fällen ist nicht ehrenhaft. Es bedeutet, terroristische Aktivitäten zu vertuschen.

Fortsetzung auf Seite 6

Sag mir, was du denkst ...

Meinungsumfragen als Mittel der Manipulation?

von Eliane Perret und Urs Graf

Die Umfrage des Meinungsforschungsinstituts *Sotomo* (vom 13. bis zum 16. Februar 2023)¹ zur aktuellen Politik der Schweiz angesichts des Kriegsgeschehens in der Ukraine ist in verschiedener Hinsicht aufschlussreich. In einer Online-Befragung hatten Stimmberechtigte aus der deutsch- und französischsprachigen Schweiz die Möglichkeit, in ihrer Antwort auf 17 Fragestellungen eine abgestufte Bewertung zur aktuellen Ukraine-Politik der Schweiz und der Neutralität zum Ausdruck zu bringen. Die 16 249 Antworten wurden nach unterschiedlichen Kriterien ausgewertet und gelten als repräsentativ für die Meinungen der Schweizer Bevölkerung. Die Antworten wurden ausgewertet: nach Geschlechtszugehörigkeit (wird immer komplizierter ...), wohnhaft dies- und jenseits des sogenannten «Röstigrabens», nach Parteizugehörigkeit, Schulabschluss (hier verwechselt mit «Bildung») und nach Altersgruppen. Da es bei der Frage nach der Stellungnahme der Schweiz zu Kriegsgeschehen stets – und heute mehr denn je – um die künftige Gestaltung unseres Landes geht, werden im folgenden die Ergebnisse nach Altersgruppen der verschiedenen Generationen beleuchtet, in der Umfrage unterteilt in die drei Gruppen: 18–35-, 36–55- und über 55jährige.

Meinungsumfragen haben einen Auftraggeber ...

Diese zweite Meinungsumfrage von *Sotomo* wurde wiederum vom Medienkonzern *Ringier* in Auftrag gegeben², der zum Beispiel das Boulevardblatt «Blick» und die Wirtschaftszeitung *Cash* herausgibt und an verschiedenen Radiostationen beteiligt ist.

Mit Meinungsumfragen kann auch überprüft werden, wo «Handlungsbedarf» ist, weil die Menschen noch nicht «richtig denken». Entsprechend kann die Berichterstattung meinungsbildend gesteuert werden.

... und ein Ziel

Meinungsumfragen gehören heute zu den Propagandainstrumenten, mit denen Meinungen zu politischen Entscheidungen gesteuert werden. Oft werden sie in Entscheidungsphasen vor Abstimmungen durchgeführt, im Wissen darum, dass viele Menschen die Neigung haben, sich der Mehrheit anzuschliessen, die «es ja wissen muss». Das ist auch bei dieser Umfrage so, welche in die emotional sehr aufgeheizte Stimmung zum Kriegsgeschehen in der Ukraine eingreift. Während einige Fragen um den Kern des Kriegsgeschehens kreisen, verfolgen andere deutlich die Zementierung des Narrativs eines «unmotivierten Angriffskriegs von Russland», eines Krieges, der ohne Vorgeschichte vor einem Jahr begonnen habe, und eines Europas, das sich vor den unverhohlenen Machtansprüchen Russlands und seinem «autokratischen» Präsidenten schützen müsse und mit keinerlei internationalen Interessen verbunden sei. Wenn zum Beispiel gefragt wird «Was ist Ihre Einschätzung: Wird *Wladimir Putin* in einem Jahr noch russischer Präsident sein?» oder «Soll *Wladimir Putin* vor ein internationales Kriegsverbrechertribunal gestellt werden?», so fehlt nicht nur dieselbe Frage zum ukrainischen Präsidenten *Wolodimir Selenski* oder zum US-Präsidenten *Joe Biden* (oder früheren amerikanischen Präsidenten) und anderen am Krieg beteiligten Politikern der treulosen Garantemächte der Minsker Verträge, nämlich Deutschland und Frankreich nebst England. Zudem wird gleichzeitig eine Vorverurteilung in die öffentliche Diskussion eingespeist, was an ähnliche Vorgänge bei den Kriegen im Irak und in Libyen erinnert.

Neben diesen direkt das Kriegsgeschehen betreffenden Fragen zielen andere auf die verfassungswidrige Aufweichung der Neutralität, und es wird überprüft, wie weit die Befragten bereit wären, Schweizer Recht zu brechen (ohne den Rechtsbruch in der Fragestellung zu thematisieren): «Derzeit wird darüber diskutiert, ob eingezogene Vermögen russischer Oligarchen mit Beziehungen zu *Putin* beschlagnahmt und der Ukraine für



Demoskopie ... (Bild keystone)

den Wiederaufbau zur Verfügung gestellt werden sollen. Begrüssen Sie eine solche Massnahme?»

Einige Fragen der Meinungsumfrage sind jedoch aufschlussreich, stimmen aber auch nachdenklich.

Vertrauen in die Presse

«Wie empfinden Sie die generelle Berichterstattung in den Schweizer Medien?» war die erste Frage, die mit «Zu unkritisch gegenüber Russland», «Zu unkritisch gegenüber der Ukraine» oder «Objektiv und informativ» beantwortet werden konnte. Während nahezu die Hälfte der mittleren und älteren Generation die Berichterstattung als eindeutig «Objektiv und informativ» beurteilte, fanden das nur 38 % der jüngeren, und 54 % von ihnen waren sogar der Meinung, die Medien seien zu unkritisch gegenüber der Ukraine.

Fazit: Es scheint so zu sein, dass das Vertrauen in die Berichterstattung der Schweizer Medien bei der jüngeren Generation erschüttert ist. Grund dafür könnte sein, dass sich viele von ihnen heute ihre Informationen anderweitig als über die Mainstream- und Konzernmedien beschaffen – z. B. über digitale Kanäle oder alternative Pressezeugnisse –, sich dadurch ihre Meinung auf Grund einer grösseren Vielfalt an Einschätzungen der aktuellen Situation bilden können und dem Narrativ der gängigen Medien misstrauen.

Neutralität und Sanktionen

Bei der Frage «Als Reaktion auf den Ukraine-Krieg hat die EU Sanktionen gegen Russland beschlossen. Die Schweiz hat diese Sanktionen im Grundsatz übernommen. Wurde dadurch das Prinzip der Schweizer Neutralität verletzt?» konnte «Ja», «Eher Ja», «Eher Nein» oder «Nein» angekreuzt werden.

Während bei der jungen Generation (39 %) die Kreuzchen bei «Nein» gegenüber denjenigen bei «Ja» (35 %) leicht überwogen, waren sich die mittlere Generation mit 51 % und die ältere Generation 59 % darin einig, dass die von der EU übernommenen Sanktionen die Schweizer Neutralität nicht verletzten.

Fazit: Offensichtlich war der in der Mainstream-Presse eingespeiste «Spin» des nicht Abseits-stehen-Dürfens oder der Angst vor wirtschaftlicher Erpressung besonders für die ältere Generation meinungsbildend, während die jüngeren Menschen unsicher waren.

Neutralität der Schweiz

Bei den Fragen «Russland führt nun ein Jahr Krieg gegen die Ukraine. Wie soll sich die Schweiz in dieser Situation verhalten?» war sich fast die Hälfte (49 %) der jüngeren Befragten sicher, dass sich die Schweiz neutral verhalten müsste, während sich die mittlere Altersgruppe mit 42 % und die ältesten Befragten mit 49 % für eine stärkere Unterstützung der Ukraine aussprachen. Nur eine kleine Gruppe wollte den bisherigen Kurs fortführen.

Fazit: Es ist erstaunlich und auch erfreulich, dass die jüngere Generation offensichtlich die Neutralität der Schweiz als erhaltenswürdigen Wert einschätzt, während die älteren Befragten die Unterstützung der Ukraine nicht als Verletzung der Neutralität erachten.

Kampf für Demokratie und gegen Autokratie?

Bei der Frage «Wie schätzen Sie den russisch-ukrainischen Krieg grundsätzlich ein?» erhielt die Antwortvariante, dass es «Auch als Kampf Demokratie gegen Autokratie» bezeichnet werden könnte, bei den jüngeren Befragten eine Zustimmung von 52 %, sie war jedoch geringer als die der mittleren (64 %) und der älteren Gruppe (72 %).

Fazit: Bei diesen Fragen wirkte offensichtlich der seit Jahren eingespeiste Spin, dass die von den USA geführten Kriege ein «Kampf für die Demokratie» seien. Er war in den vergangenen Kriegen von den Mainstream-Medien als rechtfertigendes Argument für die Kriege gegen den Irak, Afghanistan, Libyen und Syrien immer wieder eingebracht worden. Die Folgen wären eigentlich heute für alle sichtbar.

Waffen liefern

Bei den nächsten drei Fragen ging es um Waffenlieferungen der Schweiz in Kriegsgebiete:

«Soll die Schweiz ihre eingelagerten Leopard-2-Panzer an Deutschland und Polen verkaufen, damit diese in einem Ringhandel eigene Panzer der Ukraine liefern können?»

«Die Sicherheitskommission des Nationalrats will eine auf zwei Jahre befristete Ausnahme beim Kriegsmaterialgesetz für die Ukraine (Lex Ukraine). Damit könnten Länder wie Deutschland oder Polen sofort Waffen und Munition aus Schweizer Produktion an die Ukraine zur Verteidigung gegen Russland liefern. Sind Sie dafür?»

«Die Sicherheitskommission des Ständerats will das Kriegsmaterialgesetz permanent anpassen. Damit sollen Länder mit ähnlichen Standards wie die Schweiz Waffen und Munition aus Schweizer Produktion weiterliefern können. Das Material muss vor mehr als fünf Jahren gekauft worden sein, und es darf nur an Länder, die Menschenrechte einhalten, zur Selbstverteidigung weitergeliefert werden. Sind Sie dafür?»

Für die jüngere Generation war bei allen drei Fragen mit 53 %, 53 % und 44 % klar, dass sich die Schweiz an ihr *Kriegsmaterialgesetz* (KMG) halten muss und kein Kriegsmaterial in Kriegsgebiete oder an kriegführende Länder liefern darf. Auch hier war ein deutlicher Graben zu den Meinungen der beiden anderen Altersgruppen festzustellen, die sich sogar eine Aufweichung bisheriger Gesetze durchaus vorstellen konnten.

Fazit: Es ist erstaunlich, dass jüngere Menschen offenbar standfester dabeibleiben, dass die Schweiz kein Kriegsmaterial ausführen soll, und die vor kurzem beschlossene Verschärfung des entsprechenden Gesetzes ern-

ster nehmen als die damals tonangebenden Parteien.

Nato-Anschluss der Schweiz

Eine deutliche Stellungnahme hat die Gruppe der 18–35jährigen auch zu einer engeren Zusammenarbeit der Schweiz mit der Nato oder gar einem Beitritt zu dieser. Ihre Antworten zu den Fragen «Sind Sie für oder gegen eine engere Zusammenarbeit der Schweiz mit dem Nato-Verteidigungsbündnis?» und «Sind Sie für oder gegen einen Beitritt der Schweiz zur Nato?» waren klar. Mit 41 % waren sie gegen eine engere Zusammenarbeit, mit 61 % gegen einen Beitritt. Die beiden anderen Altersgruppen standen wiederum auf wackligen Füssen und waren lediglich mit 29 % bzw. 22 % gegen eine engere Zusammenarbeit mit der Nato und sogar nur mit 47 % und 40 % gegen einen Beitritt.

Fazit: Die jüngere Generation scheint die Zusammenarbeit mit der Nato deutlich weniger zu befürworten als die älteren Befragten und einen Beitritt schon gar nicht. Es ist erstaunlich, dass die beiden anderen Altersgruppen hier wiederum der Mainstream-Meinung wenig entgegenzusetzen haben.

Neutralitätsinitiative ja oder nein?

Wie schon bei der ersten Umfrage wurde nach der Meinung zur Neutralitätsinitiative gefragt (damals als Initiative von «SVP-Vordenker *Christoph Blocher*» bezeichnet und in einen bestimmten politischen Rahmen gestellt): «Die SVP will mit einer Volksinitiative die Schweizer Neutralität in der Verfassung festschreiben: als dauernd, bewaffnet und umfassend. Wenn schon jetzt über diese Initiative abgestimmt würde, wie würden Sie stimmen?» Auch hier erfolgt mit der Frage wiederum manipulativ und sachlich falsch eine politische Zuordnung der Initiative zu einer Partei, die seit langen Jahren mit einer Kampagne überzogen und als sehr rechtslastig apostrophiert wird. Die Befragten konnten mit «Ja», «Eher Ja», «Weiss nicht», «Eher Nein» oder «Nein» antworten – und man staunte: Wiederum war es die jüngere Generation, die heute der Initiative mit 41 % zustimmen bzw. sie mit 28 % ablehnen würde, wohingegen die mittlere Generation mit 31 % Ja- und 39 % Nein- und die ältere Generation 29 % Ja- und 46 % Nein-Stimmen einlegen würde.

Fazit: Unsere nachfolgende Generation kann offenbar in dieser Frage nicht mit einem sicheren Sukkurs ihrer älteren Mitmenschen rechnen. Was ist eigentlich los mit ihnen? Darüber kann man nur mutmassen.

Es gibt zu denken ...

Es ist zu vermuten, dass die PR-Strategien der letzten Monate bei den beiden Gruppen älterer Befragten gezielt an eine emotionale Stimmung des «Kalten Krieges» andockten. Man ist gegen Russland, weil man es mit der Sowjetunion gleichsetzt, und bewundert unkritisch das «Land der unbegrenzten Möglichkeiten» auf der anderen Seite des Ozeans. Die Informationsbeschaffung erfolgt wohl im Vertrauen auf die Redlichkeit der hiesigen Medien und damit notgedrungenenerweise innerhalb einer seit Jahrzehnten kulturbestimmenden Meinungsblase ohne Blick auf den Rest der Welt.

... ist aber erfreulich

Ja, die Meinungsumfrage von *Sotomo* zeigt eine erfreuliche Tendenz bei unseren jungen Menschen. Sie nutzen für ihre Meinungsbildung offenbar unterschiedliche Quellen und lassen sich nicht so schnell auf die eine Sichtweise festlegen. Die Schweiz als neutrales Land ist ihnen ein Anliegen, und sie sehen keine Notwendigkeit, sich in den Dienst kriegsführender Mächte einbinden zu lassen.

¹ Sotomo. *Die Schweiz und der Ukraine-Krieg: Ein Jahr Krieg*. <https://sotomo.ch/site/projekte/die-schweiz-und-der-ukraine-krieg-ein-jahr-krieg/>

² Die erste Umfrage wurde im April 2022 durchgeführt. https://sotomo.ch/site/wp-content/uploads/2022/04/so_denkt_die_schweiz_april22.pdf

«Die Neutralität ist uns ein kostbares Gut»

Interview von AUF1 mit Daniel Jenny, Neutrales Freies Österreich*

AUF1: Was ist die Gruppe «Neutrales Freies Österreich» und welche Ziele haben Sie?

Daniel Jenny: Das «Neutrale Freie Österreich» (NFÖ) versteht sich als politische Initiative (mit dem rechtlichen Status einer politischen Partei) zur politischen Bewusstseinsbildung und Aufklärung. Sie wurde im März 2003 gegründet, und wir feiern in einem Monat unseren 20. Geburtstag.

Wie der Name schon sagt, ist uns die Neutralität ein kostbares Gut.

Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, dass sich unsere Regierung als Vermittler im Ukraine-Konflikt betätigt, statt einfach Vorgaben aus Brüssel umzusetzen.

NFÖ hat auch die Parlamentarische Bürgerinitiative «Stoppt die Sanktionen gegen Russland» auf den Weg gebracht. Was genau wird gefordert, und wie kann man die Initiative unterstützen?

Die Beteiligung am Wirtschaftskrieg gegen Russland mit der Waffe «Sanktionen» ist strikt abzulehnen.

Die getroffenen Sanktionen verstossen gegen das Völkerrecht. Nur der Uno-Sicherheitsrat darf Sanktionen verhängen. Die USA halten sich seit Jahren nicht daran, was die Sanktionen aber nicht legaler macht. Wenn Österreich die Sanktionen unterstützt, verletzt Österreich das Völkerrecht.

Leider trägt Österreich mit der EU viele Sanktionen gegen Länder mit, auch gegen sehr arme Länder wie Afghanistan oder Syrien. Aber ist das Aushungern eines Volkes eigentlich ein humaneres Gewaltmittel als der Waffeneinsatz? Und warum muten wir den von Hungerkrieg und Arbeitsplatzverlust betroffenen Mitmenschen zu, Österreich im Falle des Mitmachens an den Sanktionen noch als neutral zu beurteilen?

Bei den Sanktionen gegen Russland schadet sich Westeuropa zudem auch selbst. Wir fordern eine sofortige Beendigung der Sanktionen gegen Russland. Auf unserer Webseite nfoe.at kann man den Bogen der parlamentarischen Bürgerinitiative herunterladen, unterschreiben, am besten zusammen mit den Nachbarn, und uns wieder zurückschicken.

Die österreichische Regierung unterstützt einseitig die Ukraine rhetorisch, mit der Lieferung von Ausrüstung für die Armee, mit Geld für Waffen und mit der Erlaubnis von Truppentransporten. Obwohl all das eigentlich verboten ist. Wie ist angesichts dieser Umstände Ihre Sicht auf das demokratische System in Österreich?

Sie sprechen die Frage an, wie die Regierung mit der Neutralität umgeht.

Die österreichische Neutralität, wie sie 1955 beschlossen wurde und der wir unsere Freiheit und Souveränität und auch unseren Frieden verdanken, ist für unser Land ganz wesentlich. Kluge, vorausschauende und charakterfeste

«Neutralität verpflichtet uns Österreicher nicht, den Mund zu halten, moralisch gleichgültig zu sein angesichts der ständigen Verletzungen des Völkerrechts. Aber sie verpflichtet den Staat, die Regierung und auch das Parlament zur Zurückhaltung. Die Neutralität ist der weisse Fleck auf der Welt, ein allseits anerkannter Ort, an dem die Konfliktparteien sich ohne Waffen begegnen und miteinander reden können. Solange es neutrale Staaten gibt, hat der Frieden eine Chance.»

Politiker (z. B. Figl, Raab, Kreisky) nutzen die Gunst der Stunde und der Verhandlungen. Sie hatten auch den Wert der Neutralität erkannt, die sich als das bestmögliche friedenssichernde Instrument erwiesen hat, sofern man die Neutralität glaubwürdig lebt.

Leider wird dieses wertvolle Friedensinstrument heutzutage ausgelegt, verdreht, uminterpretiert, obwohl man sieht, dass der Ukraine-Konflikt eskaliert.

Einzelne Persönlichkeiten sehnen sich nach einer «Sendung», nach Visionen und spektakulären Taten. Gewiss, die Neutralität schränkt den Handlungsspielraum und die aussenpolitischen Aktivitäten der Regierung in einer für sie ärgerlichen, sogar schmerzhaften Weise ein. Die Neutralität gewährt ihnen kaum Heldentaten und selten glanzvolle internationale Auftritte. Aber sie gibt der Nation auch keinen Raum für die Faszination des Krieges, die wir rational nicht erklären können, aber immer wieder als Tatsache feststellen müssen.

Wir erwarten von unserer Regierung, dass sie die Neutralität vollständig einhält. Die Neutralität ist ein Garant dafür, dass die Regierung die Bürger nicht in Konflikte hineinzieht, die dann die Bürger auslöfeln und aus ihrer Geldtasche oder gar mit ihrem Leben bezahlen müssen.

Auch die EU macht sich zunehmend zu einer Kriegspartei. Die deutsche Aussenministerin Baerbock hat sogar schon selbstherrlich erklärt, dass «wir» angeblich einen Krieg gegen Russland führen würden. Wenn ein EU-Land jetzt wirklich in den Krieg verwickelt werden sollte, würde Österreich wegen der Beistandsklausel auch mitmachen müssen. Ist die EU-Mitgliedschaft mit der österreichischen Neutralität vereinbar?

Eine vollständige, d. h. auch politische und wirtschaftliche Neutralität, ist natürlich mit der «Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik» der EU nicht vereinbar. So enthielt das offizielle Beitrittsansuchen Österreichs an die EU vor der Volksabstimmung 1994 einen sogenannten «Neutralitätsvorbehalt», d. h. Österreich ist «vorbehaltlich seiner Neutralität» der EU beigetreten. Allerdings ist die EU auf diesen Neutralitätsvorbehalt nie eingegangen. Sie hat ihn nie bestätigt, sich aber

auch nicht dagegen geäußert. In der Akutsituation (also jetzt) müsste Österreich unbedingt diesen «Neutralitätsvorbehalt» ins Spiel bringen und öffentlich thematisieren.

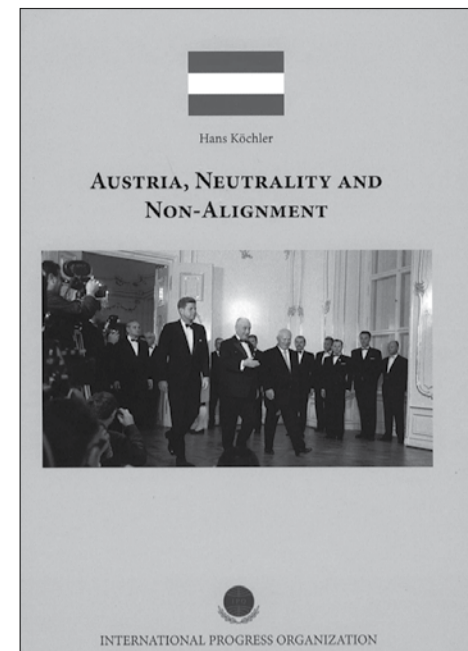
Wenn die vollständige Neutralität und ein Verzicht auf Sanktionen wegen der EU nicht möglich sind, müssen wir einen Weg ausserhalb der EU finden.

Wohlverstanden: Neutralität verpflichtet uns Österreicher nicht, den Mund zu halten, moralisch gleichgültig zu sein angesichts der ständigen Verletzungen des Völkerrechts. Aber sie verpflichtet den Staat, die Regierung und auch das Parlament zur Zurückhaltung. Die Neutralität ist der weisse Fleck auf der Welt, ein allseits anerkannter Ort, an dem die Konfliktparteien sich ohne Waffen begegnen und miteinander reden können. Solange es neutrale Staaten gibt, hat der Frieden eine Chance. Jeder neutrale Staat ist ein Beitrag zum Frieden.

Unser letzter Schweizer Gast, Stefan Rietiker, betonte besonders, dass er sich wie die Schweiz eine bewaffnete Neutralität wünsche. Wie sehen Sie das für Österreich, brauchen wir ein besseres Bundesheer oder gar ein neues, richtiges Milizsystem?

Ja, Sie haben Recht: Die bewaffnete Neutralität erfordert ein Bundesheer, das garantieren kann, dass keine Gewalt von unserem Hoheitsgebiet ausgeht, und das die Verteidigungsbereitschaft des eigenen Staatsgebietes ernst nimmt.

Leider ist Österreich ein Mitglied der von der Nato kreierten «Partnerschaft für den Frieden». Anstatt die Geldmittel zur Erfüllung der Nato-Vorgaben zu verwenden, müssten die eigenen Grenzen verteidigt



Hans Köchler. Austria, Neutrality and Non-Alignment, Wien 2021, ISBN 978-3-900704-28-5; vgl. auch den Artikel zum Thema von Hans Köchler in Zeit-Fragen Nr. 19/20 vom 24. 8.2021

und die Bevölkerung geschützt werden können. Auch hier zeigt sich die Nähe zwischen EU und Nato: 21 oder in Zukunft 23 der 27 EU-Staaten sind Nato-Mitglieder.

Die EU und die Nato zeigen sich als Kriegstreiber. Wir sollten uns als souveräner Staat davon distanzieren und uns neutral verhalten.

Im österreichischen Bundesverfassungsgesetz heisst es ausdrücklich, dass Österreich «die Neutralität mit allen zu Gebote stehenden Mitteln verteidigen wird». Neutralität erfordert Kraft und Festigkeit. Mitmachen ist bequemer. Der neutrale Staat misstraut dem schnellen Urteil und weigert sich, die Welt in ein einfaches Gut und Böse einzuteilen. Friedensstifter sind gefragt.

Herr Jenny, ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Zeit und für dieses Gespräch. •

* Daniel Jenny hat im September 2022 die Vorsitzführung der Initiative «Neutrales Freies Österreich» (kurz NFÖ) übernommen, die sich besonders für den Erhalt der österreichischen Neutralität einsetzt.

Quelle: <https://auf1.tv/nachrichten-auf1/eu-und-nato-sind-kriegstreiber-daniel-jenny-nfoe-zur-neutralitaet/> vom 21.2.2023

Kinder und Jugendliche brauchen Beziehung, keine Drogen

von Renate Dünki

In den neunziger Jahren wurde in der Schweiz eine Volksinitiative «Jugend ohne Drogen» lanciert. Viele Sportler engagierten sich dafür. Die offene Drogenszene in Zürich rüttelte viele Menschen auf. Das Elend der jungen Menschen war offensichtlich. Heute werden Drogen in der Schweiz nicht mehr so demonstrativ öffentlich konsumiert, aber ihre Verbreitung ist nach wie vor hoch – mit den bekannten tragischen Folgen für die Süchtigen und deren Familien. Neu ist jedoch die «weiche Welle», mit der in unserem Nachbarland nun «Wohlfühl-drogen» gesellschaftsfähig gemacht werden sollen. Worum geht es da eigentlich? Und wo sind Medien, die dieses Thema mit klaren Stellungnahmen gegen das grosse Geschäft aufgreifen?

Statt dessen: Vor ein paar Wochen erschien in der Sonntagsausgabe der «Neuen Zürcher Zeitung» unter der Rubrik «Wissen» ein Artikel, der – unkritisch – den Drogenkonsum von LSD in entspannenden Minidosen vorstellt. Eine wachsende Minidosen-Community in den USA plädiert für einen Wohlfühl-Lifestyle, der für so stressige Aufgaben wie Job oder Kindererziehung Erleichterung verspricht. Daher der Titel «Mama nimmt ein wenig Drogen. Kleinst Dosen von Psychedelika wie LSD sollen Stimmung und Kreativität steigern ...» Immer mehr Mütter «behelfen sich mit solchen Minidosen, um die steigenden Ansprüche der Kindererziehung besser zu bewältigen»! Brauchen also Kinder auch Minidosen, um Familie und Schule zu ertragen? Davon ist in dem Artikel nicht die Rede. Umrankt wird die Darstellung der fröhlichen Minidosen-Community vom Bericht über «Forschungsarbeiten» einzelner Psychedelika-Wissenschaftler, die alle für sich selbst nichts

von Drogen-Abstinenz halten. Länger verweilt der Artikel bei den Aussagen eines Professors für Klinische Pharmakologie. Dieser untersucht mit einem Team die Wirkung von Minidosen LSD auf ADHS-Patienten. Dies, um so das bislang verwendete Ritalin, ein sehr einträgliches Medikament aus dem Suchtmittelbereich, vielleicht ersetzen zu können. Eine erste klinische Studie soll Ende dieses Jahres abgeschlossen sein.

Ja, Kindererziehung ist nicht immer einfach, gerade heute nicht, weil Beliebtheit und Vereinzelung zugenommen haben. Ein Kind grosszuziehen, ist aber eine zutiefst beglückende Lebensaufgabe. Es kommt dabei, wie immer und überall im Leben, darauf an, feinfühlig zu beobachten und in Austausch zu kommen. Das ist schon beim Säugling wichtig (Bindungsforschung). Wenn das nicht immer gelingt, sind noch andere Menschen da, der Vater, die Grosseltern, eine gute Nachbarin, eine Mutter aus der Spielgruppe. Im Gespräch mit ihnen können die Mutter, der Vater die Schwierigkeit mit ihrem Kind ansprechen und auch einmal eine andere Perspektive einnehmen. Das entlastet. Oft hilft ganz wenig: zuzusehen, wie es ein anderer macht, und ein wenig Zuspähen. Wir sind doch Menschen mit sozialen Fähigkeiten, müssen uns nicht zudröhnen oder eine kleine Missstimmung mit dem Kind mit Psychopharmaka beseitigen. Minidosis hin oder her: Etwas Mut und Ausdauer sind nötig, um eine Schwierigkeit im Zusammenleben – natürlich auch mit einem Kind – zu beobachten und eine Lösung zu versuchen. Jedes Kind ist auf ein waches zugewandtes Gegenüber angewiesen, das auch einmal nein sagen kann und ihm über eine Klippe hinweghilft. Dazu braucht es Beziehung, nicht Drogen. •

LESER  BRIEF

Keine Neutralität von Fall zu Fall

Unsere staatliche Neutralität ist eine anspruchsvolle Staatsmaxime. Sie ist weltweit geachtet wie das Rote Kreuz und bildet die Grundlage für das grosse Ansehen unseres Kleinstaats rund um den Globus. Unsere Neutralität ist nicht an Zu- oder Abneigungen aller Art oder an Parteien im In- und Ausland gebunden. Und sie ist generationenübergreifend, also sehr langfristig orientiert, oft umschrieben mit immerwährender Neutralität. Sie bleibt somit dem eigenen momentanen Vorteils- und Nachteilsdenken entzogen.

Da alle Konflikte früher oder später ein Ende finden und zu einer – wenn auch unterschiedlich beurteilten – Friedenslösung führen, kann die schweizerische Neutralität im Konfliktfall und im Rahmen einer Friedensordnung hilfreich sein. Dabei ist eine glaubwürdige Neutralität unabdingbar. Sie ist immer ein Friedensinstrument, das sich dank Honorigkeit über lange Zeiträume einsetzen lässt. Es versteht sich somit von selbst, dass Sympathiekundgebungen von Amtsträgern für die eine oder andere Konfliktpartei das Gebot der Unparteilichkeit verletzen. Demgegenüber schränkt die Neutralität die unparteiische humanitäre Hilfe keineswegs ein.

Diese Überlegungen lassen sich nicht mit selektiven Waffen- oder Munitionslieferungen an Konfliktparteien vereinbaren («Neue Zürcher Zeitung» vom 21.2.2023), auch wenn dadurch die inländische Kriegsmaterialproduktion allenfalls kurzfristige Nachteile erdulden müsste. Will man diese Nachteile aus Opportunitätsgründen nicht riskieren, muss man dazu stehen, dass einem die integrale Neutralität fallweise weniger bedeutet als andere Vorteile.

Der NZZ-Artikel vom 21.2.2023, welcher einer politischen Partei (in concreto der SVP) Sturheit beim Festhalten an der Neutralität vorwirft, verkennt, dass es nicht um Sturheit geht, sondern um das generell glaubwürdige Festhalten am Neutralitätskonzept, das keine situative Teilabschaffung duldet. Neutralität von Fall zu Fall ist keine Neutralität und widerspricht dem erfolgreichen langfristigen schweizerischen Staatsgedanken. Auch spätere Generationen sollten der integralen Neutralität verbunden bleiben. Eine bessere Grundhaltung für unser kleines Land wird sich schwerlich finden lassen.

Hanspeter Bornhauser, Bedano